

„Die öffentlichen Auseinandersetzungen werden in den nächsten Wochen darüber entscheiden, ob der Weg in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abgrund fortgesetzt wird“.

(Berthold Huber, IG Metall – Vorsitzender)

Bei der Vorstellung des „IG Metall-Aktionsplans gegen die Wirtschaftskrise“ und angesichts der Welle der Arbeitsplatzvernichtung, die nun auch die industriellen Kerne erfasst, betont der Gewerkschaftsvorsitzende Berthold Huber, dass die Kämpfe und „öffentlichen Auseinandersetzungen in den nächsten Wochen darüber entscheiden werden, ob der Weg in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Abgrund fortgesetzt wird“.

Die organisierte Kraft der Arbeiterschaft kann den Weg in den Abgrund stoppen!

Ist dieser Aktionsplan, der die Regierung zum Handeln auffordert, nicht zugleich ein Aufruf zur Mobilisierung aller Arbeitnehmer durch ihre Gewerkschaften? Um mit der organisierten Kraft der Arbeiterschaft für die Maßnahmen zu sorgen, die den Weg in den Abgrund stoppen!

Während ohne Unterlass Milliarden zur Rettung der Banken und Spekulanten fließen, trifft Millionen Arbeitnehmer Kurzarbeit, Lohnkürzungen und Verlust ihrer Arbeitsplätze.

An dem gleichen Tag, an dem 25 000 Opel-Kollegen gegen den „Restrukturierungsplan“ von GM demonstrierten, dem Tausende Stellen und auch Löhne zum Opfer fallen sollen, und der das Opel-Werk Eisenach zum Verkauf feilbieten will – an diesem Tag demonstrierten gleichzeitig 15 000 Stahlarbeiter von Thyssen/Krupp für die Verteidigung ihrer Arbeitsplätze.

35 000 Stellen sind durch Pleiten von Automobilzulieferer schon wegradiert – bis Hunderttausend sollen in der Automobilwirtschaft nach Schätzungen in diesem Jahr noch wegfallen. Und Karmann will 1340 Kollegen (von 3315) den Arbeitsplatz nehmen - ohne Abfindung.

Während 1200 Beschäftigte von Continental am 17. März gegen den Abbau ihrer Arbeitsplätze demonstrierten, kämpfen ihre Kollegen bei Schaeffler für staatliche Hilfgelder für die Rettung ihrer Arbeitsplätze.

Zum 1.4. sollen 2200 der noch 2800 Arbeiter von Quimonda ihr Werk in Dresden verlassen, die große Mehrheit der 1100 ihr Werk in München. Hier werden Arbeitsplätze vernichtet, die wesentlich mit staatlichen Mitteln aufgebaut wurden und jahrelang hohe Gewinne für Siemens/Infineon/Quimonda gebracht haben.

Die Unternehmer sind gegen jede staatliche Beteiligung: „In keinem Fall darf es zu staatlichen Beteiligungen an Unternehmen der Realwirtschaft kommen.“ (gemeinsame Erklärung der Arbeitgeberverbände) Aber die Regierung bietet ihnen die geforderten 100 Milliarden „Wirtschaftsfonds Deutschland“, damit Arbeitsplätze und Löhne abgebaut werden und wagen es dann Gewerkschaften und Betriebsräte zu erpressen, das mit zu machen.

Im Januar/Februar wurden 450 000 in die Arbeitslosigkeit gestoßen. Wohin soll das führen, wenn nach allen Einschätzungen die eigentliche Krisenwelle auf dem Arbeitsmarkt erst noch ankommen soll?

Müssen heute ca. 800 000 kurzarbeiten, so soll die Kurzarbeit bis Ende des Jahres/Anfang 2010 bis auf 1,8 Millionen steigen. Die Arbeitslosigkeit soll Ende 2009/Anfang 2010 offiziell 4,5 Millionen erreichen. Fast wöchentlich müssen solche Zahlen nach oben korrigiert werden.

Die IG Metall muss unbedingt unterstützt werden: es muss alles getan werden, um „die industrielle Substanz, die industriellen Kerne zu erhalten“.

Die Gewerkschaft betont die Bereitschaft der Kollegen, betont ihre eigene Bereitschaft und Verantwortung zur Mobilisierung für die Verteidigung der Arbeitsplätze, der Grundlage der sozialen Existenz der Arbeiter und ihrer Familien. Sie betont die Kampfbereitschaft der Gewerkschaft, um der Forderung an die Regierung, Maßnahmen zum Schutz für die Arbeitsplätze zu ergreifen, Nachdruck zu verleihen.

In wie vielen Betrieben – nicht nur in der Industrie, sondern in der ganzen Wirtschaft – finden Belegschaftsversammlungen statt gegen drohenden Stellenabbau, wie viele Streikversammlungen,

Demonstrationen werden im Kampf um die Arbeitsplätze organisiert – aber jeder bleibt in seinem Kampf allein, getrennt von den anderen.

Ist es da nicht die Verantwortung der Gewerkschaften des DGB, die vereinte Kraft der gesamten Arbeiterschaft zu mobilisieren, um gegenüber der Regierung die Forderung nach dem Verbot von Entlassungen und Arbeitsplatzabbau durchzusetzen?

Ein Entlassungsverbot, das den Marsch in die schwerste soziale Krise stoppt! Soll das unmöglich sein?

Die Regierung gibt 600 Milliarden an die Spekulanten und kann ein „Enteignungsgesetz“ beschließen, um mit weiteren staatlichen Milliarden den Gläubigern/Spekulanten ihr spekulatives Vermögenseigentum zu retten.

Sollte es da nicht möglich sein,
der sozial - zerstörerischen Arbeitsplatzvernichtungswelle mit einem Verbot von Entlassungen und Stellenabbau zu begegnen;
die für die Banken bereit gestellten Milliarden zu nehmen, um den Erhalt aller Arbeitsplätze zu finanzieren?
Muss das nicht möglich gemacht werden, damit die soziale Existenzgrundlage der arbeitenden Menschen, der Gesellschaft gerettet werden kann?

**Wir wenden uns an alle Arbeitnehmer, unsere Gewerkschaftskollegen:
unterstützt, unterschreibt den Offenen Brief an die Vorstände der DGB-Gewerkschaften,
mit dem wir unsere Gewerkschaftsführungen auffordern:**

Macht das Verbot von Entlassung und Arbeitsplatzvernichtung zum zentralen Ziel aller gewerkschaftlichen Aktionen!

***Stellt diese Forderung in das Zentrum der Vorbereitung der Mobilisierung für die DGB Demonstration am 16. Mai in Berlin,
um von der Regierung zu fordern:***

Verbot von Entlassung, Kündigung und Arbeitsplatzvernichtung in der privaten Wirtschaft wie im Öffentlichen Dienst - angefangen bei allen Unternehmen, die staatliche Hilfe erhalten!

Fordern wir von unseren Gewerkschaftsverantwortlichen die Organisation von Belegschaftsversammlungen, den Aufbau gewerkschaftlicher Aktionskomitees, um so die vereinte Kraft der Arbeiterschaft für die machtvolle Demonstration der Arbeiterschaft in Berlin aufzubauen.

Kontaktadressen:

Michael Altmann, Hessische ArbeitnehmerInnen-Initiative, E-Mail: Michael.Altmann@gmx.net
Gotthard Krupp, Redaktion Soziale Politik & Demokratie, E-Mail: GotthardKrupp@t-online.de; Fax: 030-3131662

Wir möchten Euch noch auf den Vorschlag für eine bundesweite Konferenz aufmerksam machen, zu der sozialdemokratische Genoss/-innen und Gewerkschaftskolleg/-innen die Initiative ergriffen haben und auf der diskutiert werden soll, wie wir unser Handeln für die Verteidigung aller Arbeitsplätze, für das Recht auf Arbeit für jeden vereinen und verstärken können.

Bundesweite Konferenz am 18./19. April 2009 in Berlin

**Für ein Programm zum wirklichen Schutz der Bevölkerung
und der Arbeitsplätze gegen die Krise und soziale Not**

- für den Bruch mit der zerstörerischen Politik der Großen Koalition, einer Politik, die Müntefering, Steinbrück und Steinmeier der SPD diktieren und die die SPD einem historischen Niedergang auszuliefern droht.